

Staat und Arbeiterklasse.

Unter dem Bürgertum herrscht über unsere Ziele allgemein das Mißverständnis vor, daß wir alles durch den Staat regeln, eine Art allgemeine Staatsklaverei einführen wollen. Unwissenheit allein erklärt nicht, weshalb gerade diese und nicht eine andere verkehrte Vorstellung so verbreitet ist. Die Erklärung liegt vor allem in dem Charakter der von uns, wie auch von bürgerlichen Reformern geforderten Arbeiterschutzgesetze.

Wenn der Kapitalismus noch jung und die Arbeiterbewegung noch schwach ist, sind die Arbeiter nicht imstande, der Willkür der Unternehmer aus eigener Kraft entgegenzutreten. Schutzlos sind sie der Profitgier der Kapitalisten preisgegeben, die ihre Lebenskraft durch intensive Ausbeutung zerrütten. Da soll der Staat eingreifen, denn nur der Staat ist mächtig genug, diesen Herren Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter aufzuzwingen. Wir fordern also, als Vertreter der Arbeiterklasse eine kräftige Arbeiterschutzgesetzgebung, die vor dem Unternehmerinteresse nicht halt macht, sondern strenge und rücksichtslos durchgeführt wird.

Dem Unternehmer erscheint diese staatliche Einmischung in seinen Betrieb als eine lästige Polizeiskizane. Was brauchen sich die Behörden darum zu kümmern, was freies Bürger miteinander vereinbaren? Was sollen Gesetzgeber und Inspektoren, die von der Praxis nichts verstehen, ihre Nase in sein Geschäft stecken? In dieser Lage erscheint der Kampf zwischen Kapitalisten- und Arbeiterinteressen als ein Kampf zwischen dem Prinzipien der unbeschränkten Bürgerfreiheit und der staatlichen Einmischung, die dann als Prinzipien des Liberalismus oder Individualismus und des Sozialismus bezeichnet werden. Die Sozialdemokraten als die Vertreter der Arbeiterinteressen erscheinen hier als die unentwegtesten Verfechter der staatlichen Bevormundung. Kein Wunder, daß sich in den Köpfen der Bourgeoisie die Idee festsetzt, daß im sozialistischen Zukunftstaat alles staatlich-polizeilich geregelt und alle Freiheit verschwunden sein wird.

Diese Auffassung wird noch dadurch gefördert, daß der beschränkte Willkür keinen Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Reformern und Staatssozialisten zu machen weiß, die die Staats-einmischung zum wirklichen Prinzip erheben. Diese betrachten den Staat als ein über den Klassen und Parteien schwebendes, mit höherer Macht und höherer Weisheit begabtes Gebilde. Der Staat braucht sich nur auf seine Pflicht, die Armen und Schwachen zu stützen, zu besinnen, sich nur durch Gerechtigkeit und Menschenliebe leiten zu lassen, und alle gesellschaftlichen Uebel werden verschwinden. Ein ähnlicher Gedankengang wird auch oft innerhalb unserer eigenen Reihen ausgesprochen, der demokratische Staat habe die Aufgabe, Gesetze zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zu erlassen; durch solche Gesetze werde dann allmählich die bessere Gesellschaftsordnung, der Sozialismus, aufgebaut. Wenn von dieser Seite jedes Arbeiterschutzgesetz als ein Stück Sozialismus hingestellt wird, ist es begreiflich, daß umgekehrt daraus der Schluß folgt, daß die sozialistische Regelung der Gesellschaft bestehe aus einer Unmasse in das menschliche Leben eingreifender und freiheitsbeschränkender Gesetze.

Bei solchen Anschauungen wird vergessen, daß, was für die heutige Gesellschaft nötig ist, gar keinen Maßstab für die künftige Ordnung abgeben kann. Jetzt, wo die Arbeiter Objekte kapitalistischer Ausbeutung sind, gilt es die Ausbeutung möglichst einzudämmen. Aber mit der Ausbeutung selbst verschwindet diese Notwendigkeit vollkommen. Wenn keine Profitgier mehr da ist, die die Arbeiter zur gesundheitsschädlichen Ueberarbeit zwingen könnte, ist kein Verbot solcher Ueberarbeit mehr nötig. Unsere Forderungen für die Gegenwart sind keine Ausflüsse irgend eines sozialistischen Prinzips, sondern Ausflüsse des Klasseninteresses des Proletariats unter dem Kapitalismus.

Die Auffassung des Staates als eines über den Menschen stehenden Vormundes, der alles zum Besten für uns regeln soll, ist gerade so unrichtig und unsozialistisch, wie die entgegengesetzte, von den Anarchisten verfolgte Ansicht, daß der Staat wie ein böser Dämon durch seine freiheitsbedrückende Herrschaft alles freie, sich sonst natürlich

entwickelnde Leben tötet. Beide Auffassungen treffen praktisch soweit zu, als sie der Erfahrung entnommen sind, aber ihre theoretische Grundlage ist falsch. Der Staat schwebt nicht über der Gesellschaft, sondern ist selbst ein bloßes Klasseninstitut. Wer von einer Pflicht des Staates, die Schwachen zu schützen, redet, könnte gerade so gut von einer sittlichen Pflicht des Kapitalisten reden, seinen Arbeitern ein sorgender Vater zu sein. Der Staat ist seiner Natur und Mission nach weder gut noch böse, sondern einfach Klassenstaat; er wirkt bald Böses, bald Gutes, je nachdem es im Interesse der herrschenden Klasse liegt. Seine Arbeiterschutzgesetze, durch die er der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse vorbeugen will, entspringen gerade so gut diesem Interesse, wie seine Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Im Laufe der Entwicklung ändert sich jedoch seine am meisten hervortretende Seite. Solange die Arbeiterbewegung schwach ist und die Arbeiter den Unternehmern gegenüber noch machtlos erscheinen, wird Arbeiterschutz nicht nur von den Vertretern der Arbeiter selbst, sondern auch von einseitigen Mitgliedern der Bourgeoisie gefordert. Da kann die Illusion der sozialen Mission des Staates leicht aufkommen. Je mehr sich jedoch die Arbeiter organisieren, sich aus eigener Kraft emporkriegen, den Unternehmern Zugeständnisse abzwängen und den Kapitalismus selbst bedrohen, um so mehr tritt der unterdrückende Charakter des Staates hervor. Die Arbeiter bauen in zäher Arbeit Kampfes- und andere Organisationen auf, Gewerkschaften, Genossenschaften, Bildungsinstitute; aber je mehr sie auf diesem Gebiete Selbsthilfe leisten, um so mehr wird der Staat zum hohlenen Unterdrücker, der alles selbständige, emporkriechende Leben zu töten versucht.

Die Bedeutung dieses selbständigen Schaffens der Arbeiterklasse ist oft übermäßig gefeiert worden; nicht als Vergrößerung der Kampfständigkeit des Proletariats, denn darin liegt seine wirkliche große Bedeutung, sondern als sei dies eigentlich schon der Aufbau des Sozialismus. Sogar wurde neulich daneben die Eroberung der Staatsgewalt als bedeutungslose Nebensache hingestellt. Was aber jetzt von den Arbeitern geschaffen wird — wie bewundernswert, wenn man die schwierigen Verhältnisse und die zu besiegenden Widerstände beachtet — ist dennoch fast ein Nichts, wenn man es mit dem wirklichen Aufbau des Sozialismus, mit der Organisation der Weltproduktion vergleicht, die uns nachher als Aufgabe zufällt. Es ähnelt den kümmerlichen sprossen, die eine von einem schweren Stein gedrückte Pflanze treibt. Erst, wenn dieser Stein abgewälzt wird, kann sie zu einem mächtigen Baum emporschießen, Blüten und Früchte tragen. Unsere Aufgabe ist also vor allem, diesen Stein abzuwälzen, die Staatsgewalt der Bourgeoisie, die das neue Leben am Emporkriechen hindert, zu beseitigen.

Die Eroberung der Staatsgewalt hat also noch mehr eine negative als eine positive Bedeutung. Wir wollen damit nicht eine alles neu regelnde Macht schaffen — wenn wir auch wissen, daß neben kommunalen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Verbänden staatliche und sogar internationale Organe eine wichtige Rolle bei der Neuordnung der Gesellschaft spielen werden — sondern wir wollen vor allem eine alles hemmende und tödende Macht vernichten. Kein allesbeherrschender Staat, wie unsere Gegner phantastieren, sondern eine freie Arbeitsgemeinschaft wird das Ergebnis unseres Sieges sein.

4. Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

K. München, 4. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

Der Redakteur Bucher gibt den Bericht über die Presse und schildert die Schwierigkeiten, die es verursacht, wenn die Aufgaben des Redakteurs im Nebenamt ausgeführt werden müssen, dadurch haben sich manche Mängel herausgestellt; z. B. bedarf die gewerkschaftliche Rundschau einer größeren Beachtung unter besonderer Berücksichtigung der graphischen Gewerbe, auch das sozialpolitische Gebiet muß in Zukunft mehr berücksichtigt werden. Die Solidarität soll aufklären und werden unter den Berufs-kollegen, doch ist dies bisher nur in bescheidenem Maße möglich gewesen. Es bedarf der Mitarbeit der Kollegen und des acht-tägigen Erscheinens, um dies zu bewirken, sowie die Freistellung

bilden, daß er jetzt noch meinen Segen bekommt. Und wenn er tausendmal darum bittet! — „Was denn, Vater?“ Anna sah mit quälender Spannung auf ihn hin. — „Das ist ein Unwürdiger, Anna. Den können wir nicht in unserer Familie haben.“ — „Vater, was denn nur?“ — „Ich bin bei ihm gewesen, weil wir dich glücklich machen wollten. Bei ihm, den wir erst eingeladen haben, weil wir glaubten, er meinte es ehrlich...“ — „Vater! Bei Doktor Rörting?“ — „Ja. Das muß aus sein zwischen euch. Ganz aus. So wie er deinen Vater behandelt hat. Das bist du deiner Familie schuldig. Mich soll es nichts angehen, was er mit dir hat. Mich soll das nichts angehen, Mamma!“

Anna war erst fassungslos. Dann brach der Haß gegen ihren Vater und ihre ganze Familie in ihr los. Sie freischte: „Warum mischt ihr euch hinein? Wie dumm das ist! Alles zerstört ihr mir. Mein ganzes Leben!“ — „Anna,“ sagte der Alte und hob feierlich seine Hand, „wenigstens habe ich dir deine Ehre gerettet.“ — „Ach was, Ehre.“ — „So dankst du es deinem alten braven Vater, daß er ist für dich gegangen und hat gekämpft für dich?“ schluchzte Frau Behm. Anna hatte Hohn im Gesicht. „Dank? Auch noch Dank? Was geht euch Doktor Rörting an? Kämpfe bu doch für deinen alten Kriegshafen!“

Das war der schwerste Stoß, den der Alte im Leben bekommen hatte. Das traf ihn tief, tief wie ein spitzer Dolch. Er sank zusammen und murmelte: „Denn ist ja nun alles hin. Denn habe ich wohl gar keine Tochter mehr. Sie verpötte ihren alten Vater. Mamma womit haben wir das verdient?“ — Sein grauer Kopf lag auf seiner Brust. Er konnte keine Luft kriegen. Und Frau Behm rang die Hände und eilte auf ihn zu und nahm seinen Kopf und legte ihn an ihre Brust und weinte und streichelte ihm die Waden und rief: „Snehl, snehl, Anna, gieße Stomillen auf für Pappa, daß wir Umschläge machen können. O nein, o nein, wie haben wir es jetzt immer traurig bei uns. Wir stakfels, stakfels Menschen, Stakfels Pappa. So, ja.“

(Fortsetzung folgt.)

eines Kollegen, der sich nur den Redaktionsgeschäften widmet. Die Debatte gestaltete sich lebhaft. Scharf kritisiert wurde die Haltung des Redakteurs.

Die Dresdner Vorkommnisse nehmen dabei einen breiten Rahmen ein, scharf beurteilt wurden einige diesbezügliche Artikel. — Kollegin Thiede nimmt nach längerer Dauer der Debatte das Wort und verteidigt den angegriffenen Redakteur, indem sie erklärt: Stellen Sie den Kollegen Bucher erst einmal frei, damit er seine Kraft der Solidarität widmen kann, und dann urteilen sie über die Fähigkeit des Redakteurs. Der Vorschlag, für die weiblichen Mitglieder eine Romanbeilage zu schaffen, ist falsch und wird die Zustimmung des Vorstandes nicht finden. Die Solidarität soll in erster Linie der Förderung sach-gewerkschaftlicher Fragen dienen, für die übrigen Fragen, die die Arbeiterklasse interessieren, bietet die Parteipresse und die Gleichzeitigkeit in Halle und Pöhlitz. Von der Leipziger Delegation wird gewünscht, in Zukunft die religiöse Frage in der Solidarität auszuscheiden. Auch wird von dem bisherigen Redakteur erwartet, daß er seine Schaulustpolitik einstellt, falls er wieder zum Redakteur gewählt werde.

Weitere Angriffe über die Haltung des Redakteurs erfolgen von allen Seiten. Auch wird gewünscht, daß der Redakteur etwas nachsichtiger die Einwendungen der Kollegen beurteile, da nur dann Mitarbeiter aus den eignen Reihen erwachsen würden.

Hermann-Dresden betont, daß auch die Gewerkschafts-presse die Aufgabe habe, die Forderungen der modernen Arbeiterbewegung in die entlegensten Winkel und Gegenden zu tragen und demgemäß ausgestaltet werden müsse. Im weiteren fordert der Redner, dem Verständnis und dem Geschmac der Arbeiterinnen in der Solidarität mehr Rechnung zu tragen. — Auf Antrag der Beschwerdekommision ist der Arbeiterkreisleiter Wenzel-Dresden telegraphisch herbeigerufen worden, weil selbiger als Schiedsrichter in der Dresdner Angelegenheit gewirkt und auch einige Artikel geschrieben hat.

Einige Berliner Delegierte stellen die Behauptung auf, Wenzel habe in der Sache Witten-Berlin sich angemacht, den Kollegen vorzuwerfen, sie besäßen keine gewerkschaftliche Bildung. In einer Erwiderung bemerkt Wenzel, daß er zur Sache W. weder geschrieben noch gesprochen habe; er ersucht die Berliner Delegierten, zu erklären, sie hätten die Zeitung nicht genau gelesen.

In dieser Redebeilage wird die Berliner Verordnungsfrage der einzelnen Zahlstellen und die Schreibweise, die zu dieser Frage das Mitteilungsblatt beliebt hat, hineingezogen. Nach eingehender ausführlicher Debatte erhält der Redakteur das Schluswort und rechtfertigt seine Handlungen.

Die Berliner und Dresdner Delegierten nehmen ihre Vorwürfe gegen den Kollegen Wenzel zurück mit dem Bemerkten, daß sie sich in der Person geirrt hätten.

Nach Regelung der Dintenzfrage werden dem Kassierer für die verlossene Geschäftsperiode 600 M., außer jener Summe von 500 M., die der Verbandsrat in Halle bewilligte, gewährt. Auch das Gehalt der Vorstände wird gesteigert mit rückwirkender Kraft. Die Anstellung von Lokalbeamten übernimmt der Verband. Die jetzt angestellten Beamten wie auch die für die Zukunft vorgesehenen dürfen nicht unter dem vom Gewerkschafts-kongress bestimmten Mindestlohn stehen bezahlt werden.

Die Wahl der Vorstandsmitglieder ergibt die Wiederwahl der Kollegin Thiede als Vorsitzende und Roth als Kassierer. Als Redakteur wird Kollege Bucher gegen 11 Stimmen gewählt.

Da die Statutenberatungskommission ihre Arbeiten noch nicht erledigt hat, wird in die Beratung allgemeiner Anträge eingetreten. Der Kollege Schummeier-Oesterreich macht einige Ausführungen betreffs des Gegenseitigkeitsverhältnisses. Siliere erklärt, daß der Deutsche Senefelderbund dagegen sei, daß der Oesterreichische Senefelderbund die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen aufnehme und daß daran möglicherweise das Gegenseitigkeitsverhältnis Schiffbruch leiden könne. Ein Antrag, internationale Beziehungen zu pflegen, wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Ein weiterer Antrag, der die Gründung von Industrieverbänden verlangt, wird zur Kenntnis genommen, da diese Gründung selbstverständlich ist, sowie die Verhältnisse es möglich machen. Weiter wird beschlossen, den nächsten Verbandstag in Bremen abzuhalten.

Einige interne Verbandsangelegenheiten, speziell die Vorkommnisse in Dresden, werden in einer geschlossenen Sitzung verhandelt.

Die Statutenberatung wird am Freitag vor sich gehen.

K. München, den 5. Juni 1908.

Fünfter Verhandlungstag.

Zu Beginn des fünften (letzten) Verhandlungstages erstattete namens der Kommission Kollege Moritz-Berlin Bericht. Die Kommission empfiehlt in Zukunft das Eintrittsgeld entsprechend den Beiträgen festzusetzen. Der Vorschlag wurde angenommen. Die wöchentlichen Beiträge wurden nach den Vorschlägen des Hauptvorstandes festgelegt. Der Uebertritt in eine höhere Beitragsklasse ist nicht gestattet. Den Antrag des Hauptvorstandes, den Wählerinnen eine einmalige Unterstützung von 6 M. zu gewähren, hat die Kommission auf 10 M. erhöht. Schwangerschaft und wegen ihres Zustandes keine Arbeit mehr erhalten können, bekommen keine Arbeitslosenunterstützung. Die Herabsetzung der Karenzzeit bei Bezug der Arbeitslosenunterstützung wurde entsprechend den Beschlüssen der Kommission abgelehnt. Die Fortleitung der Arbeitslosenunterstützung wurde nach den Beschlüssen des Hauptvorstandes angenommen. Innerhalb eines Kalenderjahres darf nur einmal die höchst zulässige Unterstützung bezogen werden. Bei Ausgehenden muß bei Wiederbezug der Unterstützung zwischen dem alten und dem neuen Beitragsjahre mindestens eine Karenzzeit von 26 Wochen liegen. Der Bezug der Krankenunterstützung wird auf die Dauer von 5 Wochen beschränkt. Die Höhe der Krankenunterstützung wurde nach den Anträgen des Hauptvorstandes beschlossen.

Streikunterstützung wird nicht gewährt, wenn der Streik nicht länger als drei Tage währt. Die Streikunterstützung darf zwei Drittel des Wochenlohnes, im äußersten Falle 16 M., nicht übersteigen. In der 1. Klasse erhalten verheiratete Mitglieder bis drei Kinder 50 Pf. pro Kind, in der 2. Klasse 75 Pf., bis drei Kinder und in der 3. bis 5. Klasse 1 M. Zuschuß wöchentlich. Mitglieder, die dem Verband nur 26 Wochen angehören, haben nur auf die Hälfte dieser Unterstützungsansprüche Anspruch. Anspruch auf Streikunterstützung haben in der Regel nur Mitglieder; in Ausnahmefällen kann auch Nichtmitgliedern Unterstützung gewährt werden. — Als Maßregelungsunterstützung werden drei Viertel des Lohnes gewährt. — Als Verwaltungskosten werden den Zahlstellen 7 Proz. der Beiträge gewährt. — Der Kollege Thiede, die im Jahre 1905 mit 1800 M. angestellt wurde, wird entsprechend den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses rückwirkend aufgebessert, und zwar werden für das Jahr 1906 200 M. und für 1907 400 M. bewilligt. Das Gehalt des Hauptkassierers beträgt 2000 M., steigend bis 2600 M. Das Gehalt des Redakteurs wird dem des Kassierers gleichgestellt. Das Gehalt der Gauleiter wird auf 1800 M. festgesetzt, steigend jährlich um 80 M. bis zum Höchstgehalte von 2200 M. Ebenso werden beamtete Babstleiten-leiter nach diesem Maße honoriert. Die sieben Gaubeamten werden gegen Unfall versichert. Die gegenseitige Kündigung ist vierteljährlich. Die Solidarität wird vom 1. Oktober an wöchentlich er-schienen.

Das neue Statut tritt ebenfalls am 1. Oktober in Kraft. Es folgen nunmehr eine Reihe Statutenänderungen, die entsprechend den gefassten Beschlüssen des Verbandstages notwendig waren. Zur Dresdner Angelegenheit wird folgende Resolution angenommen:

„Der Verbandstag nimmt Kenntnis von den Vorgängen, die sich in Dresden anlässlich der Entsendung des Kollegen Krumpfeff